[DE] Premiere unterliegt im Prozess gegen Kathrein

IRIS 2009-7:1/15

Sebastian Schweda
Institut für Europäisches Medienrecht (EMR), Saarbrücken/Brüssel

Mit Urteil vom 28. Mai 2009 (Az.: 7 O 17548/08) hat das Landgericht (LG) München I die Klage des deutschen Pay-TV-Anbieters Premiere Fernsehen GmbH & Co. KG gegen den Antennenbauer Kathrein-Werke KG auf Zahlung einer Vertragsstrafe von mehr als EUR 26 Mio. abgewiesen.

In den Jahren 2003 bis 2007 hatte Kathrein Decoder zum Empfang des Premiere-Fernsehprogramms hergestellt. Bei Zahlung einer Vertragsstrafe von EUR 50.000 für jeden Fall der Zuwiderhandlung hatte sich Kathrein gegenüber Premiere vertraglich verpflichtet, weder selbst noch durch Dritte Geräte herzustellen, mit denen das Programm ohne Abschluss eines Premiere-Abonnements „schwarz“ empfangen werden kann.

Die Klägerin forderte von der Beklagten die Zahlung der Vertragsstrafe in 527 Fällen. Sie begründete dies damit, dass Kathrein über ihren Komplementär mit der Firma Zehnder verflochten sei, die zwischen 2006 und 2008 fast 220.000 derartiger Umgehungsvorrichtungen aus China eingeführt und vertrieben habe. Diese Tatsache habe Kathrein nicht verborgen bleiben können.

Das LG München sah dies anders: Weder habe die Beklagte selbst die Umgehungsvorrichtungen vertrieben, noch habe sie das Drittunternehmen als Erfüllungsgehilfen eingesetzt. Darüber hinaus habe Premiere nicht nachweisen können, dass Kathrein auf irgendeine Weise Kenntnis von den in Rede stehenden Geschäftsvorgängen erlangt hatte. Selbst die Behauptung, die Geschäftsleitung der Firma Zehnder sei umfassend in den Handel eingeweiht gewesen, habe die Klägerin nicht beweisen können. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Zahlung der vereinbarten Vertragsstrafe lagen daher nach Überzeugung des LG München nicht vor.

Pressemitteilung des Landgerichts (LG) München I vom 28. Mai 2009

http://www.justiz.bayern.de/gericht/lg/m1/presse/archiv/2009/02045/index.php

© Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (Europarat) 2025

© Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (Europarat) 2025